

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Siegener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Siegen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Notationsdruck und Verlag der Brüderlichen Universitäts-Buch- und Stein-druckerei.
H. Lange, Siegen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7. Expedition und Verlag: 112. Tel.-Nr. 112. Anzeiger-Siegen.

Mb. Deutscher Reichstag.

306. Sitzung. Montag, den 9. Februar.
Am Tage des Bundesrats: Dr. Delbrück.
Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Min.

Der Etat für das Reichsamt des Innern.

(Zweiter Tag.)

Die für heute vorgesehene Abstimmung zur Ausführung des Budgetgesetzes werden wegen der schlechten Beleuchtung des Hauses auf morgen verlagert.

Statistisches Amt.

Abg. Siebold (So.):

berlangt eine einheitliche Statistik auf dem Gebiete des Schulwesens. Jetzt beruhen die Statistiken in den Einzelstaaten auf ganz verschiedenen Grundlagen, so daß die Ergebnisse gar nicht verglichen werden können. Notwendig ist eine einheitliche statistische Statistik und eine soziale Statistik des ganzen Reiches. Auch die Schulstatistik müssen einbezogen werden. Die Arbeiten von Schulmännern ist notwendig. Die statistischen Erhebungen von 1911 sind ganz unzulänglich. Die neue Reichsschulstatistik von 1916 wird hoffentlich besser ausfallen.

Abg. Kühle (So.):

Warum sind die Erhebungen über die Beschäftigung von Kindern, hauptsächlich in der Landwirtschaft, noch nicht veröffentlicht? In sehr vielen Jahren war unsere Bureaukratie, deren Willkür, Gleich und Unrecht immer in so heißen Tönen gelobt werden, nicht imstande, das gesammelte Material zu bearbeiten! (Hört! Hört! links.) Nur Bayern und Lippe haben die Ergebnisse veröffentlicht. Man vergesse nicht, daß die Statistik der Landwirtschaft, (Hört! Hört!) wenn ein gleichmäßiges Verbot der Kinderbeschäftigung in der Landwirtschaft wäre ungeschicklich die Folge; darum schneidet man im Interesse der Agrier. In Deutschland werden zwei Millionen Kinder — die einen nicht gerechnet — in der Landwirtschaft beschäftigt. (Hört! Hört!) Es stehen große soziale Werte auf dem Spiel. Die Behörden dürfen das in gebührender Weise. (Präsident Dr. Kaempf rügt den Ausdruck und bittet den Redner, seine Rede nicht zu verlesen, — Sehr richtig! rechts.) Die Kinderbeschäftigung überhaupt muß beseitigt werden.

Präsident Dr. Kaempf:

Sie bitte, sich zu mahnen.

Abg. Kühle (So.):

Wenn mir der Präsident noch einige Worte erlauben will, so möchte ich doch sagen —

Präsident Dr. Kaempf:

Sie verbleibe mit einer Kritik meiner Ausführung und erlaube Sie, ich meinen Anordnungen zu folgen. (Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Bereits im Januar vorigen Jahres hat Direktor Caspar über das Schicksal der über die Kinderarbeit angeordneten Erhebungen hier Mitteilung gemacht. Das Reichsamt war damals noch nicht vollständig von den Einzelstaaten eingegeben. Zwischenzeitlich ist es nun einem der lebenden Staaten eingegangen, von zwei anderen steht es noch aus. (Hört! Hört!) Es liegt also nicht an uns, wenn die Erhebungen noch keinen Erfolg hatten. Ich denke aber, wir werden bald in der Lage sein, das Material hier vorzulegen. Nicht bloß die Regierung hat ein Interesse daran, sondern auch die Wissenschaft, schon damit den ungeschicklichen Überlieferungen entgegenzusetzen wird, die wir regelmäßig bei dieser Gelegenheit hören müssen. (Sehr richtig! und Beifall.)

Abg. Dr. Pieper (Zentr.):

Wir brauchen auch eine genaue Statistik über die Verhältnisse in Handel, Industrie und Gewerbe. Die Statistik soll aber nicht bloß Zahlen geben, sondern auch Ursachen und Begleitende ergründen. Weshalb notwendig ist eine umfassende Statistik über die Arbeiterschaft. Jedenfalls darf sie nicht eingeschränkt werden.

Präsident Dr. Kaempf rügt den Abg. Kühle wegen des Ausdrucks „gewissenlos“ nachträglich zur Ordnung. (Beifall.)

Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück:

Die Arbeitersatzung wird nicht eingeschränkt, sondern eher erweitert und stärker bearbeitet werden. Es sind daher neue Stellen in der Abteilung für Arbeiterstatistik vorgesehen. Doch die Statistik auf Handel und Industrie ausgedehnt wird, erscheint selbstverständlich. Überhaupt werden die statistischen Arbeiten verstärkt werden.

Abg. Thiele (So.):

Die Bundesstatistik sollte in die Provinzialerhebungen einbezogen werden. Bedeutsam notwendig ist eine Statistik der Entlohnungen.

Abg. Legien (So.):

Die Regierung kommt niemals über das Tempo der Erhebungen hinaus. Wo bleibt die so oft verlangte Statistik über Streikvergehen? Was die Regierung bisher hat über ermittelt, entspricht nicht den geringsten Anforderungen.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Eine Streikstatistik wird nicht allen Anforderungen entsprechen. Es handelt sich nicht lediglich um eine Verbesserung der Statistik, sondern darum, eine andere Grundlage für die Ermittlungen zu finden. Größere Schwierigkeiten zwischen der Reichsregierung und einzelnen Bundesstaaten hinsichtlich der Verhandlungen, die noch nicht abgeschlossen sind. (Lachen bei den Soz.) In wäre außerordentlich glücklich, wenn ich Ihnen noch in diesem Jahre Genaueres darüber mitteilen könnte.

Die Normal-Eichungskommission.

Abg. Krings (Zentr.):

erhobte Kaufkraft, ob die Höchstpreise in Steinbrüchen tatsächlich eingehalten sind.

Ministerialdirektor v. Jonquierres:

Nach der Maß- und Gewichtserrechnung sind diese Höchstpreise eingehalten. Das Reichsamt hat immer die Auffassung vertreten, daß zahlreiche Beschwerden der Steinbrücker entgegen dem Zweifel aber ganz neuerdings bei sich auch der preussische Handelsminister unserer Ansicht angeschlossen. Es wird also dabei bleiben müssen. Für die Vergleichserhebungen ist damals aus praktischen Gründen ausdrücklich im Gesetz eine Ausnahme gemacht worden.

Abg. Dr. Burkhardt (Wirtsch. Soz.):

Wir müssen uns mit der Kaufkraft zufrieden geben. Das Wesentliche ist, daß die Waren überhaupt gekauft werden; auf eine Nachprüfung verzichten wir gerne.

Das Reichsgesundheitsamt.

Abg. Antik (So.):

begründet eine sozialdemokratische Resolution auf gesetzliche Regelung des Gehalts des Pflegepersonals. Die Statistik gewünschte Befestigung der Lage des Pflegepersonals ist bis jetzt nicht erreicht worden. Die Bezahlung des Pflegepersonals ist absolut

unzureichend. Die Prüfungsschreiben müssen vereinfacht werden. In Siegen hat der Landeshauptmann den Pflegern die Angehörigkeit zum Pflegerbund verboten. (Hört! Hört! links.) Dieses Verbot verstößt wider die guten Sitten. In der Landes-Feierabend in Neu-Ruppin wurde dem Pflegepersonal sogar das Tragen des Krankenpfleger-Ordens untersagt. Die Arbeiterschaft muß verstanden und das gesamte Personal der Reichsversicherung und der Gewerbeordnung unterstellt werden. Der ganze Reichstag müßte einheitlich ein gesetzliches Eingreifen verlangen und die Regierung zwingen, endlich einmal aus den Erhebungen herauszukommen. Teilweise gilt für das Personal schon die Gewerbeordnung, teilweise noch die Handwerksordnung. Gegen Handwerker ist es vielfach ratsam. Bei der schweren Arbeit muß es Anreiz auf einen mindestens vierzehntägigen Urlaub haben. Diese Forderungen sind das Allermindeste, was wir für das Pflegepersonal verlangen müssen. Wir wollen Laten sehen.

Abg. Dr. Gerlach (Zentr.):

Zum Hinblick auf die schwere Tätigkeit des Pflegepersonals werden wir gern bereit sein, seine Arbeit zu erleichtern und seine soziale Stellung zu verbessern. Aber auf der anderen Seite muß doch ihm eine soziale Auffassung seiner Stellung verlangt werden. Es soll sich nicht von materiellen Wünschen leiten lassen. Selbstlose Hingabe verlangt manche Verzichtleistung auf materiellen Genuß. Erfolgreiche Krankenpflege muß von idealen Sitten geleitet sein. Ein gutes Pflegepersonal erhält mit Recht Anspruch auf angemessene Vergütung. Aber die Opfer, die die sozialdemokratischen Anträge verlangen, werden die meisten Anstalten nicht bringen können. Von den Pflegerübernehmungen werden die dazu erforderlichen Mittel nicht befreit. In der von mir geleiteten Anstalt war es nicht möglich, die gewünschten Familienwohnungen einzurichten, da wir die Mittel dazu nicht erhielten. Die Eigenart des Pflegeberufes wird es sehr schwierig machen, ihn der Reichsversicherung oder auch der Gewerbeordnung zu unterstellen. Auch liegen die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Provinzen zu verschieden. Eine bestimmte Arbeitszeit vorgeschreiben, dürfte ganz ausgeschlossen sein. Notwendig ist ein Lehrkurs für soziale Medizin. Weitere Forderungen für die Arbeiter ist erforderlich.

Staatssekretär Dr. Delbrück:

Der Abg. Antik hat nachzuweisen versucht, daß in den Verhältnissen unseres Krankenpflegepersonals Mängel bestehen, die ein gesetzliches Eingreifen des Reichs notwendig machen. Der Vortrager hat bereits einen Teil dieser Ausführungen auf das richtige Maß zurückgeführt. Ich kann auch nicht auf alle Ausdrücke eingehen, weil ich nicht prüfen kann, inwieweit sie auf tatsächlichen einwandfreien Unterlagen beruhen. Es liegt mir völlig fern, den Glauben des Abg. Antik zu bezweifeln, aber ich habe in meiner dienstlichen Laufbahn häufig Krankenanstalten besucht und gefunden, daß solche Beschwerden häufig grundlos, übertrieben oder verallgemeinert waren, so daß sie nicht ausreichen, um ein so abweichendes Urteil zu rechtfertigen. Aber ich erkenne trotzdem an, daß auf diesem Gebiete Mängel bestehen, die abzuheben selbstverständlich unsere Pflicht ist. Es fragt sich nur, ob wir das Ziel auf dem Wege eines Reichsgesetzes erreichen. Es sprechen erhebliche Bedenken dagegen, das Krankenpflegepersonal den Bestimmungen der Gewerbeordnung zu unterstellen. In der Mehrzahl sind die Krankenpfleger nicht gewerbliche Arbeiter, auch die Arbeitgeber sind nicht Gewerbetreibende im Sinne der Gewerbeordnung.

Die Arbeitgeber sind zum erheblichen Teil öffentliche Behörden. Zu einem anderen Teil steht das Krankenpflegepersonal im Dienste von katholischen Orden und Kongregationen, von Diakonissenvereinen und christlichen Vereinen, die man nicht mit denselben Maßes messen kann wie ein gewerbliches Unternehmen. Sie sind in der Mehrzahl dieser Fälle, so weit es sich um öffentliche Behörden und Betriebe handelt, schon jetzt in der Lage, von Anreiz durch Lohn einzugreifen, und somit es Orden und Kongregationen hat sind die kirchlichen Oberen in der Lage, eine Einwirkung auszuüben, und sie haben sie ausüben. Darum ist es in hohen Maße bedenklich, hier gesetzgebend einzugreifen. Dazu kommt, daß die Verhältnisse in den einzelnen Anstalten durchaus verschieden sind. In das Pflegepersonal werden auch verschiedene Einflüsse eingebracht, so daß es mir unmöglich erscheint, hier im Wege der gesetzlichen Regelung einzugreifen.

Weshalb Schwesternschaften haben auch eine rechtsgeschäftliche Regelung eines Befähigungsnachweises für das Pflegepersonal im Wege. Allerdings haben sich hier bestimmte Grundzüge ausgebildet, nach denen das Personal geprüft werden soll, wie es je nach Lage des Falles vorgehen werden kann. Ueber diese Grundzüge haben sich die verschiedenen Regierungen bereits verständigt, und es bleibt abzuwarten, in welcher Weise sie sich bewähren werden. Dann wird sich auch finden, ob diese Vereinbarungen Verbesserungsbedürftig sind oder nicht. Auch bei der Prüfung der Anstellungsvoraussetzungen des Pflegepersonals hat sich eine ganze Reihe von Umständen ergeben. Wir haben auch hier einige Grundzüge aufgestellt, hinsichtlich der Ausübung, Ende der Arbeit, regelmäßige Urlauberteilung, freie Radmitnahme usw. Die verbündeten Regierungen haben sich an die kirchlichen Organe gewandt, wie weit sich diese Maßnahmen verwirklichen lassen.

Es wird gegenwärtig von den verbündeten Regierungen geprüft, welche Erfolge zu erzielen sind, ohne daß es eines Eingreifens der Gesetzgebung bedürfte. Die Behauptung des Abgeordneten Antik, daß auf diesem Gebiete nichts geschehen sei, ist also unzutreffend. Ich kann mich weiterer Ausführungen enthalten, um den Radmehr zu führen, daß der von ihm empfohlene Weg einer gesetzlichen Regulierung der Angelegenheit nicht der richtige ist. Ich kann aber gleich voraussagen, daß der Annahme der Resolution von Krings, die die Aufstellung einheitlicher Grundzüge verlangt, nichts im Wege steht, da die verbündeten Regierungen in dieser Richtung bereits Schritte getan haben. (Beifall.)

Abg. Baron Knigge (Kont.):

Der Gedankengang ist eine bedenkliche Erscheinung. Die Säuglingssterblichkeit ist ja groß, aber in der Beziehung stehen wir immer noch schlechter da, als Frankreich. Deshalb müssen wir weitere Maßnahmen treffen. Mängel im Krankenpflegerwesen mögen hier und da vorkommen. So sehr wir ihnen entgegenwirken wollen, so verfehlen wir doch auch nicht, daß sich die Beseitigung aller Mängel nicht über Nacht erledigen läßt.

Abg. Dr. Blund (So.):

Die bürgerlichen Parteien haben alles Interesse für das Wohl des Krankenpflegepersonals. Der Antik hat also gar keinen Anlaß, so zu tun, als ob er allein sich darum kümmert. Herr Antik hat seit einem Jahre völlig ungenutzt. Im vorigen Jahre forderte er eine achtstündige Dienstzeit, diesmal eine zwölfstündige. (Hört! Hört! — Heiterkeit.) Eine tägliche Dienstzeit von zehn Stunden ist durchaus angebracht und durchführbar. Eine obligatorische Ausbildung ist erforderlich. Bei der Ausbildung befinden sich schwere Mängel. Von manchen „Schwestern“ in Berlin sind Schwestern empfohlen worden, die wegen völliger Unbrauchbarkeit von Krankenpflegern entlassen waren. (Hört! Hört!) Der Resolution von Krings stimmen wir zu.

(Sitzung 1 Uhr: Weiterberatung.)

Aus Stadt und Land.

Siegen, 10. Februar 1914.

„Aus dem Schuldienste. Erledigt sind an der Gemeindeschule zu Pfungstadt zwei Stellen, von denen eine mit einem evangelischen Lehrer, die andere mit einer evangelischen Lehrerin besetzt werden soll.

„Eine Ausstellung Städtebau wurde am gestrigen Sonntag als Wanderausstellung des Deutschen Museums für Kunst in Handel und Gewerbe, Hagen i. W., im Turmhaus am Brand eröffnet und bewies durch den regen Besuch schon gleich in den ersten Stunden ihrer Zugänglichkeit, welches Verständnis und welche Förderung die hier zu prachtvoller Anschaulichkeit gebrachten Fragen und Lösungen bei weiten Kreisen finden. Der tote Mittelpunkt und das linke Ende waren mit einem Mittel, die wir sehr reichhaltig auch im Städte- und Straßenbau haben dulden müssen, beginnen überall wahrer Zweckmäßigkeit und der Freude an klarer Einmündigkeit zu weichen. Wir kennen uns wieder auf die Mutterleistungen der Vergangenheit und versuchen, den Geist der Gegenwart in neue, eigene Form zu gießen. Dazu gehört in erster Linie eine systematische Pflege der Kultur des Sehens, die von dem Durchschnitt der Menschen aber Schritt für Schritt erworben werden muß. Hieran will auch die vorliegende Ausstellung mitarbeiten und bringt zu dem Zwecke eine überreiche Auswahl photographischer Aufnahmen ansehnlichen Formats aus Städten von nah und fern, aus Heimat und Fremde, die übrigens auch vom technischen Standpunkte aus Teil geradezu glänzende Leistungen leuchten und zeigen, wie Liebhaberphotographen vielerlei Anregung zu bieten vermögen. Das Erste bleibt ja die Erziehung zu künstlerischem Sehen und Verstehen; ihr dienen daher mehrere Plakate, die dem Betrachter zurufen: „Vorführen verlangt Schellung und Auflösung der Flächen“ oder „Manneben verlangt Klarheit und Mäßigkeit usw. Neuchâtel lehrreich ist auch die Zusammenstellung gleichartiger Mittel im Städtebau und der durch sie erzielten Wirkungen, wodurch Raumordnung durch Straßenabstände und Straßenzugungen wie im Wäldchen, Betonung von Gebäuden durch die Lage oder die Silhouette, Bewässerung und Ausnutzung von Bodenerhebungen oder Wasserläufen im Städtebau unumvermeidlich herbeigeführt werden. Ohne Zweifel ließe sich die Auswahl verhandeln, denn nicht bloß an den berühmten Städten des Städtebaus nach wahrhaft künstlerischen Grundrissen finden sich erfreuliche Vorbilder; aber das ganze Land verstreut, auch in kleinen und kleinen Orten, die weitab vom großen Strom des Fremdenverkehrs liegen, weist der Kenner unter dem Haß des Alltags löbliche Werte. Aber eine solche Vollständigkeit ist weder möglich, noch liegt sie im Wesen dieser Ausstellung. Hier soll es, besonders charakteristische Schöpfungen künstlerischer Natur aus allen Zeiten der Vergangenheit zusammenzutragen und so den Beweis zu erbringen, daß der Ausdrucksmöglichkeiten so viele sind wie der Zweckbestimmungen, und daß Kunst und Nützlichkeit nicht in sich gegenseitig ausschließen, sondern sich im Gegenteil fördern, ja sich letzten Endes geradezu beinahe.

„Statistisches von der Stenographie. Nach der letzten veröffentlichten Statistik hat sich die Schule Gabelsberger auch im Jahre 1912/13 außerordentlich günstig entwickelt. Die stehenden Verhandlungen zur Schaffung einer deutschen Einheitssteno-graphie haben keinen schädlichen Einfluß ausgeübt; im Gegenteil, der Zuwachs der im deutschen System Unterrichteten war noch nie so groß als im abgelaufenen Jahre, wo es mit nahezu 17.000 etwa ein Sechstel der Gesamtunterrichtigten ausmachte. In Starkenburg wurden an 35 Lehranstalten 1018, in Rheinpfalz an 30 Anstalten 1367, in Oberhessen an 20 Anstalten 887 Schüler und Schülerinnen unterrichtet. Besonders erfreulich ist es, daß sich nun auch in Hessen unter den Lehranstalten bereits einige Volksschulen befinden, an denen Stenographie gelehrt wird, so in Oberhessen an den Schulen zu Gießen, Biedenkopf, Biedenkopf und Bad Nauheim; an der Bad Nauheimer Volksschule ist nach dem Jahrbuch der Schule Gabelsberger die Stenographie bereits fakultativer Lehrgegenstand in den Oberklassen.

„Unfall beim Holzfällen. Der Landwirt L. Mengel aus Reiskirchen war am Samstag mit anderen Holzhauern damit beschäftigt, die mitten im Walde liegenden Baumstämme an die Wege zu tragen. Beim Abwerfen der Stämme, prallte das von Mengel abgeworfene Ende zurück und ein am Baumstamm befindlicher Aststumpf durchschlug Mengel den Unterarm. Der rasch herbeigekommene Arzt Dr. Mengnagel-Groschen-Büsch leistete die erste Hilfe und empfahl eine sofortige Überführung in die Klinik nach Gießen.

„Automobilunfall. Am Montag vormittag verunglückte das Automobil eines hiesigen Arztes beim Umladen der Straßendeckel am Viehmarkt Bahnhof. Das Auto erlitt namhafte Beschädigungen. Der Eigentümer blieb glücklicherweise unversehrt.

„Vom Siegeszug der bunten Beräde. Die Leidenschaft für grüne, blaue, rote und bunte Beräde, die gegenwärtig in Paris unter den modernen Modekannern herrscht, gewinnt sich nun auch in London und New York zu verbreiten. In der britischen Hauptstadt hat eine Schauspielerin dieser letzten Mode die Bahn gebrochen. Nadine McCroutch, die als Heldin in dem neuen Einakter „Die Musikant“ vom Shaw mit einer großen Beräde auftritt und mit großem Beifall die Lust zur Lachschmied erweckt. Die Dame erzählt, daß sie die Bühnenaufführung des Dichters, der eine grüne Beräde vorzeichnet, zunächst mit nicht geringem Entsetzen empfand. Aber Shaw bestand auf seiner Anordnung, und als er sie in dem grünen Saftkleid sah, sagte er: „Ausgezeichnet!“ Und das Publikum war seiner Ansicht. Seitdem wehren sich, wie die „Köln. Ag.“ meldet, die hohen Beifallungen, die in Paris auf bunte Beräde gewirkt werden, und am meisten werden lichtblaue und blaurote Beräde der rührenden verlangt, da sie zur Blauheit der englischen Köpfe passen. Dunkle Schönen ziehen ein tiefes Barock vor, und man ist entzückt von den seltsamen Vorlieben, die die elektrischen Lampen des Abends in diesen farbigen Wandern eintreiben. Immerhin sind die Ausübenden, daß sich diese Mode der bunten Beräde in weite Kreise ausbreitet, nur sehr gering. Die Beräde sind nämlich recht teuer; sie kosten gegen 200 Mark und mehr, und außerdem muß die Dame im bunten Saftkleid natürlich eine in den Farben fein abgestimmte Toilette haben, die in den Farben des Saftes paßt, und eigentlich müßte sie auch ihre Räume damit in Einklang bringen.

„Ein Portemonnaie zum „Berichten“. Das Amtsblatt des Reichspostamts enthält in Nr. 6 eine Liste der in Bahnhöfen gefundenen Portemonnaie. Wir lesen da u. a.: Im Frankfurter Zug 30 fanden sich beim Einsteigen der Bader in Köln 3 Mark (1 Zweimarkstück, 2 Einmarkstücke, 1 Fünfmarkstück, 1 Fünfcentstück, 2 Zweicentstücke und 6 Eincentstücke) in einem Brief gefast. Ein merkwürdiges Portemonnaie!

Landkreis Siegen.

„Reisfahrten, 9. Febr. Man berichtet uns: Die vielen kurz hintereinander folgenden Unfälle in Reiskirchen lassen wohl die Frage aufwerfen, ob nicht eine Ausbesserung von Sanitätsmannschaften mit Ansehen an die Gießer Sanitätskolonne

[illegible]